



C(Extr.)/26/2

ORIGINAL: englisch

DATUM: 17. März 2009

INTERNATIONALER VERBAND ZUM SCHUTZ VON PFLANZENZÜCHTUNGEN
GENF

DER RAT

Sechszwanzigste außerordentliche Tagung
Genf, 3. April 2009

**PRÜFUNG DER VEREINBARKEIT DER RECHTSVORSCHRIFTEN PERUS
MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS**

Vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Einführung

1. Mit Schreiben vom 9. März 2009 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr J. Eduardo Ponce Vivanco, Botschafter, Ständiger Vertreter, Ständige Vertretung Perus beim Amt der Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf um Prüfung der Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften Perus mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens („Akte von 1991“) aufgrund der Entscheidung 345 der Kommission des Cartagena-Übereinkommens über die gemeinsame Regelung des Schutzes der Rechte der Pflanzenzüchter vom 21. Oktober 1993 („Entscheidung 345“) und des konsolidierten Wortlauts des Verordnungsentwurfs über Durchführungsbestimmungen für den Schutz der Rechte der Pflanzenzüchter („Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs“) festlegt. Eine Übersetzung dieses Schreibens ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine Übersetzung der Entscheidung 345 ins Englische. Anlage III enthält eine englische Übersetzung des konsolidierten Wortlauts der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs.

2. Artikel 34 Absatz 3 des Übereinkommens sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluß über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Peru

3. Peru ist Partei des Abkommens für subregionale Integration („Cartagena-Abkommen“), das am 26. Mai 1969 geschlossen wurde. Die Parteien des Abkommens, Bolivien, Kolumbien, Ecuador und Peru („Mitgliedsländer“), bilden „die Andengemeinschaft“. Einzelheiten der Funktionsweise des Abkommens wurden in Dokument C(Extr.)/11/5 im Zusammenhang mit dem vom Rat auf seiner elften außerordentlichen Tagung vom 22. April 1994 geprüften Gesuch Kolumbiens um Stellungnahme dargelegt.

4. Die Rechtsgrundlage für den Schutz von Pflanzenzüchtungen in Peru ist die Entscheidung 345. Die Entscheidung 345 ist direkt anwendbar (das heißt, sie ist in den Mitgliedsländern unmittelbar wirksam). Artikel 5 der Entscheidung 345 verlangt von den Mitgliedsländern, daß sie ein nationales Verfahren für die Umsetzung der Entscheidung 345 einführen. Die Regierung Perus erließ die Verordnung 008-96-ITINCI, „Durchführungsbestimmungen für den Schutz der Rechte der Pflanzenzüchter“ vom 3. Mai 1996 (Verordnung von 1996). Wie in Absatz 1 erläutert, entschied die Regierung Perus, die Verordnung von 1996 durch den Verordnungsentwurf über Durchführungsbestimmungen für den Schutz der Rechte der Pflanzenzüchter (Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs) zu ändern.

5. Die Analyse der Rechtsvorschriften Perus (Entscheidung 345 und Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs) folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991. Folgendes ist anzumerken:

a) Der Rat hat die Vereinbarkeit der Entscheidung 345 mit der Akte von 1991 bereits im Zusammenhang mit den Gesuchen um Stellungnahme Kolumbiens (vergleiche Dokumente C(Extr.)/11/5 und C(Extr.)/11/6, Absätze 20 bis 23), Boliviens (vergleiche Dokumente C/29/12 und C/29/14, Absatz 6) und Ecuadors (vergleiche Dokumente C(Extr.)/13/2 und C(Extr.)/13/4, Absatz 7) geprüft;

b) Die Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs wiederholen nicht die Bestimmungen der Entscheidung 345, sondern ergänzen sie in den Bereichen, in denen weitere Bestimmungen auf nationaler Ebene erforderlich sind.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

6. Die Artikel 1A.1 und 1A.3 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten die Begriffsbestimmungen des „Züchters“ und der „Sorte“ gemäß den entsprechenden Begriffsbestimmungen in Artikel 1 der Akte von 1991.

7. Artikel 3 der Entscheidung 345 enthält eine Begriffsbestimmung der im wesentlichen abgeleiteten Sorten, die der Begriffsbestimmung in Artikel 14 Absatz 5 Buchstabe b der Akte von 1991 entspricht.

8. Artikel 1A.4 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs stellt klar, daß sich die Begriffsbestimmung von „Material“ in Artikel 3 der Entscheidung 345 auf die Begriffsbestimmung von „Material“ für die Erschöpfung des Züchterrechts bezieht (vergleiche Artikel 27 der Entscheidung 345 und Artikel 16 der Akte von 1991).

9. Artikel 3 der Entscheidung 345 sieht eine Begriffbestimmung von „Lebendmuster“ vor, Artikel 4 der Entscheidung 345 sieht eine Begriffbestimmung für „hervorgebracht“ vor, und Artikel 1A.2 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthält Begriffbestimmungen von „Entdeckung“ und „Entwicklung“.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

10. Artikel 1 der Entscheidung 345 sieht folgendes vor:

„Zweck dieser Entscheidung ist es,

- a) den Schutz der Rechte der Züchter neuer Pflanzensorten durch die Erteilung von Züchterzertifikaten anzuerkennen und sicherzustellen;
- b) die Forschungstätigkeiten im Andengebiet zu fördern;
- c) die Aktivitäten auf dem Gebiet des Technologietransfers inner- und außerhalb der Subregion zu fördern.“

11. Der in Artikel 1 Buchstabe a der Entscheidung 345 dargelegte Zweck erfüllt die in Artikel 2 der Akte von 1991 festgelegte Verpflichtung.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

12. Artikel 2 der Entscheidung 345 sieht vor, daß „der Inhalt dieser Entscheidung alle botanischen Gattungen und Arten umfaßt, sofern deren Anbau, Besitz oder Auswertung nicht aus Gründen der menschlichen, tierischen oder pflanzlichen Gesundheit untersagt sind.“

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

13. Die Entscheidung 345 oder die Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten in bezug auf die Einreichung von Anträgen keine Bestimmungen, die die Staatsangehörigkeit oder den Wohnsitz oder Geschäftssitz des Züchters einschränken.

Artikel 5, 6, 7, 8 und 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen

14. Artikel 4 der Entscheidung 345 sieht vor, daß „die Mitgliedsländer Züchterzertifikate an Personen erteilen, die Pflanzensorten hervorgebracht haben, sofern die Sorten neu, homogen, unterscheidbar und beständig sind und mit einer Bezeichnung versehen sind, die ihre Gattungsbezeichnung darstellt“. Der Inhalt dieses Artikels wird in Artikel 7 der Entscheidung 345 im Zusammenhang mit den Voraussetzungen für die Eintragung in ein nationales Register geschützter Sorten wiederholt.

15. Die Artikel 8, 9 und die erste Übergangsbestimmung der Entscheidung 345 enthalten Bestimmungen bezüglich der Neuheitsvoraussetzung.

16. Artikel 8 der Entscheidung 345 sieht folgendes vor:

„Eine Sorte wird als neu angesehen, wenn ihr Vermehrungsmaterial oder Erntegut nicht durch den Züchter oder mit seiner Zustimmung zum Zweck der gewerbsmäßigen Auswertung der Sorte rechtmäßig verkauft oder auf andere Weise an andere abgegeben wurde.

Die Neuheit geht verloren, wenn

a) die Auswertung mehr als ein Jahr vor dem Tag der Einreichung des Antrags auf Erteilung eines Züchterzertifikats oder dem Tag einer beanspruchten Priorität begonnen hat, wenn der Verkauf oder die Abgabe an andere im Hoheitsgebiet eines Mitgliedslands [der Andengemeinschaft] stattfand;

b) die Auswertung mehr als vier Jahre oder, im Falle von Bäumen und Reben, mehr als sechs Jahre vor dem Tag der Einreichung des Antrags auf Erteilung eines Züchterzertifikats oder dem Tag einer beanspruchten Priorität begonnen hat, wenn der Verkauf oder die Abgabe an andere in einem anderen Hoheitsgebiet als in dem eines Mitgliedslands [der Andengemeinschaft] stattfand.

[...]“

17. Wie von Artikel 6 Absatz 3 der Akte von 1991 ermöglicht, wurde der Begriff „Hoheitsgebiet der Vertragspartei“ in Artikel 6 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991 in „Hoheitsgebiet eines Mitgliedslandes [der Andengemeinschaft]“ in Artikel 8 Buchstabe a der Entscheidung 345 angepaßt.

18. Artikel 9 der Entscheidung 345 sieht folgendes vor:

„Die Neuheit geht u. a. nicht verloren durch Verkauf oder Abgabe der Sorte an andere, wenn diese Handlungen

a) das Ergebnis eines Mißbrauchs zum Schaden des Züchters oder seines Rechtsnachfolgers sind;

b) Teil einer Vereinbarung zur Übertragung der Rechte an der Sorte bilden, sofern die Sorte nicht physisch an einen Dritten abgegeben wurde;

c) Teil einer Vereinbarung bilden, nach der ein Dritter im Auftrag des Züchters die Versorgung mit Vermehrungsmaterial erhöht hat;

d) Teil einer Vereinbarung bilden, nach der ein Dritter zur Bewertung der Sorte Feld- oder Labortests oder Verarbeitungstests in begrenztem Umfang durchgeführt hat;

e) Erntegut betreffen, das als Neben- oder Überschußprodukt der Sorte aus den in diesem Artikel unter c) und d) erwähnten Handlungen gewonnen wurde;

f) unrechtmäßig vorgenommen werden.“

19. Die erste Übergangsbestimmung der Entscheidung 345 setzt eine Übergangsregelung für die Neuheit für „vor kurzem gezüchtete Sorten“ aufgrund des Artikels 6 Absatz 2 der Akte von 1991 um.

20. Die Artikel 10 bis 12 der Entscheidung 345 sehen die Voraussetzungen für die Unterscheidbarkeit, die Homogenität und die Beständigkeit vor.

21. In bezug auf Artikel 5 Absatz 2 der Akte von 1991 sieht Artikel 15 Buchstaben e, f und k der Verordnung von 1996 folgendes vor:

„Artikel 15. Anträge auf Erteilung eines Züchterzertifikats werden beim Amt für Erfindungen und neue Technologien eingereicht und enthalten folgende Auskünfte bzw. Anlagen:

[...]

e) die geographische Herkunft des Rohmaterials der zu schützenden neuen Sorte, gegebenenfalls einschließlich der Urkunde, die die rechtmäßige Herkunft der genetischen Ressourcen nachweist und die von der auf dem Gebiet des Zugangs zu genetischen Ressourcen zuständigen nationalen Behörde ausgestellt wird;

f) die Herkunft und den genetischen Inhalt der Sorte, die alle bekannten Einzelheiten im Zusammenhang mit der Herkunft der in der Sorte oder bei ihrer Züchtung verwendeten genetischen Ressourcen sowie gegebenenfalls alle Informationen über die Kenntnisse bezüglich der Sorte einschließen müssen;

[...]

k) sonstige vom Amt für Erfindungen und neue Technologien festgelegte Anforderungen.“

22. Artikel 15 Buchstaben e, f und k der Verordnung von 1996, geändert durch Artikel 15 Buchstaben e, f und k der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs, würde folgendermaßen lauten:

„Artikel 15. Anträge auf Erteilung eines Züchterzertifikats werden beim Amt für Erfindungen und neue Technologien eingereicht und enthalten folgende Auskünfte bzw. Anlagen:

[...]

e) die wichtigsten morphologischen, physiologischen, sanitären, phänologischen, physischen und chemischen Aspekte sowie gewerblichen oder technologischen Merkmale, die die Beschreibung der Sorte ermöglichen;

f) die Methode und das Verfahren für die Züchtung der neuen Sorte sowie alle Informationen über die Kenntnisse bezüglich der Sorte, die die Prüfung auf Erfüllung der Voraussetzungen nach Artikel 7 der Entscheidung 345 erleichtern und sicherstellen können, daß die Sorte mit einer Bezeichnung versehen ist, die mit den Bestimmungen des Artikels 5 dieser Verordnung vereinbar ist;

[...]

k) gegebenenfalls Urkunden über Vollmachten, Übertragungen oder sonstige zusätzliche Dokumente gemäß den Bestimmungen des Artikels 5 Absatz 2 der Akte von 1991 der UPOV“.

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

23. Die Artikel 15, 16 und 24 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten Bestimmungen über die Einreichung von Anträgen. Die Entscheidung 345 und die Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs scheinen keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

24. Artikel 18 der Entscheidung 345 mit den zusätzlichen Bestimmungen in Artikel 8 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthält Bestimmungen über das Prioritätsrecht, die mit Artikel 11 der Akte von 1991 vereinbar sind.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

25. Artikel 19 der Entscheidung 345 und die Artikel 4, 9, 15 Buchstaben f und j, 21, 22 und 23 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten Bestimmungen, die den Bestimmungen des Artikels 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

26. Artikel 17 der Entscheidung 345 enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die Artikel 13 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

27. Artikel 24 der Entscheidung 345 enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die Artikel 14 Absätze 1 Buchstabe a und 2 der Akte von 1991 entsprechen. Artikel 29 der Entscheidung 345 enthält eine Bestimmung über die Erteilung kommerzieller Lizenzen. Artikel 12 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthält die Bestimmung des Artikels 14 Absatz 1 Buchstabe b der Akte von 1991.

28. Die Artikel 3 and 24 der Entscheidung 345 und Artikel 12A der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten Bestimmungen über im wesentlichen abgeleitete und bestimmte andere Sorten, die Artikel 14 Absatz 5 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

29. Artikel 25 der Entscheidung 345 enthält Bestimmungen über die Ausnahmen vom Züchterrecht des Artikels 15 Absatz 1 der Akte von 1991 wie folgt:

„Das Züchterzertifikat gewährt dessen Inhaber nicht das Recht, Dritte von der Auswertung der geschützten Sorte abzuhalten, wenn diese Auswertung erfolgt

- a) im privaten Bereich zu nichtgewerblichen Zwecken ;
- b) zu Versuchszwecken;
- c) zum Zweck der Schaffung und Auswertung einer neuen Sorte, außer im Falle einer im wesentlichen von einer geschützten Sorte abgeleiteten Sorte. Die betreffende neue Sorte kann im Namen ihres Züchters eingetragen werden.“

30. Artikel 26 der Entscheidung 345 und Artikel 12B der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs sehen die freigestellte Ausnahme vom Züchterrecht in Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt vor:

Artikel 26 der Entscheidung 345

„Wer das Erntegut der geschützten Sorte zur eigenen Auswertung lagert und anbaut oder als Rohmaterial oder Nahrungsmittel verkauft, verletzt dadurch nicht das Züchterrecht. Dieser Artikel ist nicht auf die gewerbsmäßige Auswertung von Vermehrungsmaterial, einschließlich ganzer Pflanzen oder Teilen von Pflanzen, Zierpflanzen und forstlicher Baumarten, anwendbar.“

Artikel 12B der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs

„Als ‚Person, die Erntegut zur eigenen Auswertung lagert und anbaut‘, gemäß Artikel 26 der Entscheidung 345, wird der angesehen, der das durch Anbau im eigenen Betrieb gewonnene Erntegut der geschützten Sorte oder einer von Artikel 24 der Entscheidung 345 erfaßten Sorte in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters im eigenen Betrieb lagert und anbaut.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

31. Artikel 27 der Entscheidung 345 enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die Artikel 16 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen. Artikel 1A.4 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthält eine Begriffsbestimmung von „Material“, die der Begriffsbestimmung von „Material“ in Artikel 16 Absatz 2 der Akte von 1991 entspricht.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

32. Die Artikel 30 bis 32 der Entscheidung 345 enthalten Bestimmungen über die Erteilung von Zwangslizenzen. In bezug auf die Anforderungen des Artikels 17 der Akte von 1991 sieht Artikel 30 der Entscheidung 345 folgendes vor:

„Um eine angemessene Auswertung der geschützten Sorte sicherzustellen, können nationale Regierungen unter außergewöhnlichen Umständen, die die nationale Sicherheit oder das öffentliche Interesse betreffen, die besagte Sorte gegen eine angemessene Vergütung des Züchters als frei verfügbar erklären.

Die zuständige nationale Behörde entscheidet nach Anhörung der Parteien und Einholung von Sachverständigengutachten aufgrund des Umfangs der Auswertung der so lizenzierten Sorte über den Betrag der Vergütung.“

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

33. Artikel 28 der Entscheidung 345 sieht folgendes vor:

„Die Mitgliedsländer [der Andengemeinschaft] können nach Bedarf Maßnahmen zur Regelung oder Kontrolle der Produktion oder des gewerbsmäßigen Vertriebs, der Einfuhr oder Ausfuhr von Vermehrungsmaterial einer Sorte in ihrem Hoheitsgebiet treffen, sofern diese Maßnahmen nicht die Mißachtung der von dieser Entscheidung anerkannten Züchterrechte beinhalten oder deren Ausübung behindern.“

34. Die Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs scheinen keine Bestimmungen zu enthalten, die in Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

35. Artikel 21 der Entscheidung 345 sieht folgendes vor:

„Die Dauer des Züchterzertifikats beträgt 20 bis 25 Jahre im Falle von Reben, Waldbäumen und Obstbäumen, einschließlich ihrer Unterlagen, und 15 bis 20 Jahre für andere Arten; die Dauer wird in beiden Fällen vom Tag der Erteilung an berechnet, wie von der zuständigen nationalen Behörde bestimmt.“

Artikel 11 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs setzt die Zeiträume auf 25 bzw. 20 Jahre fest.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

36. Die Artikel 4, 7 und 13 der Entscheidung 345 mit den Ergänzungen in Artikel 5A der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten die Bestimmungen über Sortenbezeichnungen des Artikels 20 der Akte von 1991.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

37. Artikel 33 Buchstaben a und c der Entscheidung 345 enthält die Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts gemäß Artikel 21 Absatz 1 Nummern i und iii der Akte von 1991. In bezug auf Artikel 21 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sieht Artikel 24A der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs folgendes vor:

„Artikel 24A – Kraft des Artikels 33 Buchstabe b der Entscheidung 345 wird ein Züchterrecht als nichtig angesehen, wenn die Erteilung dieses Rechts im wesentlichen auf den vom Züchter erteilten Auskünften und eingereichten Dokumenten beruhte und die Voraussetzungen der Homogenität und der Beständigkeit nicht wirksam erfüllt waren, als das Züchterrecht erteilt wurde.“

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

38. Artikel 35 der Entscheidung 345 enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen des Artikels 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

39. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel vorzusehen, die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Nummer i der Akte von 1991), sieht Artikel 23 der Entscheidung 345 folgendes vor:

„Ein Züchterzertifikat gewährt dessen Inhaber das Recht, Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren gemäß seinen nationalen Rechtsvorschriften anzustrengen, um Handlungen zu verhindern oder einzuschränken, die eine Übertretung oder Verletzung seines Rechts darstellen, und um die entsprechenden Formen der Entschädigung oder Vergütung sicherzustellen.“

40. Kapitel VI der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs (Artikel 25 bis 33) sieht administrative, vorläufige und Zollmaßnahmen für die Durchsetzung der Züchterrechte vor, unbeschadet anderer zivil- und strafrechtlicher Maßnahmen, die nach dem peruanischen Rechtssystem verfügbar sind.

41. In bezug auf die Verpflichtung nach Artikel 30 Absatz 1 Nummer ii der Akte von 1991 sieht Artikel 2 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs folgendes vor:

„Artikel 2. – Das Amt für Erfindungen und neue Technologien (OINT) [Direktion für Erfindungen und neue Technologien] des Nationalen Instituts für die Wahrung des Wettbewerbs und des Schutzes des geistigen Eigentums (INDECOPI) ist die mit der Ausführung der in der Entscheidung 345, die eine gemeinsame Regelung des Schutzes der Rechte der Züchter von Pflanzensorten errichtet, und in diesen Durchführungsbestimmungen dargelegten Verwaltungsaufgaben beauftragte zuständige nationale Behörde, und das Nationale Programm für genetische Ressourcen und Biotechnik (PRONARGEB) des Nationalen Instituts für landwirtschaftliche Forschung (INIA) ist die mit der Ausführung der darin dargelegten technischen Aufgaben beauftragte zuständige nationale Behörde.“

42. Artikel 3 Buchstabe h der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs sieht zudem folgendes vor:

„Artikel 3. – Die Aufgaben des Amtes für Erfindungen und neue Technologien [Direktion für Erfindungen und neue Technologien] sind:

[...]

h) die Erteilung von Züchterzertifikaten.“

43. Die Artikel 3 Buchstabe e, 4 Buchstabe g und 17 der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs enthalten Bestimmungen, die der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf Erteilung und Erteilung von Züchterrechten und vorgeschlagene und genehmigte Sortenbezeichnungen, wie von Artikel 30 Absatz 1 Nummer iii der Akte von 1991 vorgeschrieben, entsprechen.

Allgemeine Schlußfolgerung

44. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthalten die Rechtsvorschriften Perus (Entscheidung 345 und Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs) die wesentlichen Bestimmungen der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage wird Peru nach der Annahme der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs ohne Änderungen und deren Inkrafttreten in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in deren Artikel 30 Absatz 2 vorgeschrieben.

45. *Der Rat wird ersucht,*

a) die Analyse in diesem Dokument zur Kenntnis zu nehmen;

b) eine positive Entscheidung über die Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften Perus (Entscheidung 345 über die gemeinsame Regelung des Schutzes der Rechte der Pflanzenzüchter und Verordnungsentwurf über Durchführungsbestimmungen für den Schutz der Rechte der Pflanzenzüchter festlegt) mit den Bestimmungen der Akte von 1991 des Internationalen Übereinkommens zum Schutz von Pflanzenzüchtungen zu treffen; nach der Annahme der Durchführungsbestimmungen des Verordnungsentwurfs ohne Änderungen und deren Inkrafttreten kann Peru seine Urkunde über den Beitritt zur Akte von 1991 hinterlegen, und

c) den Generalsekretär zu ermächtigen, die Regierung Perus von dieser Entscheidung zu unterrichten.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I

Schreiben Nr. 15 vom 9. März 2009, von
Herrn J. Eduardo Ponce Vivanco, Botschafter, Ständiger Vertreter,
Ständige Vertretung Perus, Genf, Schweiz,
an den Generalsekretär der UPOV

Sehr geehrter Herr Generalsekretär,

hiermit beehre ich mich, Sie davon zu unterrichten, daß Peru beschlossen hat, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen, das am 2. Dezember 1961 in Paris angenommen und 1972, 1978 und 1991 revidiert wurde, beizutreten.

Um diese Entscheidung umzusetzen, ersucht meine Regierung gemäß Artikel 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens den Rat der UPOV um Stellungnahme zur Vereinbarkeit der Entscheidung 345 „Gemeinsame Regelung des Schutzes der Rechte der Pflanzenzüchter“ sowie des Verordnungsentwurfs, der die Durchführungsbestimmungen für den Schutz der Rechte der Pflanzenzüchter in Peru bilden wird, mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens. Zu diesem Zweck übersende ich in der Anlage ein Exemplar der erwähnten Rechtsvorschriften.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Genf, den 9. März 2009

J. Eduardo Ponce Vivanco
Botschafter
Ständiger Vertreter

Herrn
Francis Gurry
Generalsekretär
Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzenzüchtungen (UPOV)
Genf

[Anlage II folgt]

ANLAGE II
(auf Englisch)

Decision 345 Common Provisions on the Protection of the
Rights of Breeders of Plant Varieties

(of October 21, 1993)

CHAPTER I

SUBJECT MATTER AND SCOPE

Article 1

The purpose of this Decision is:

- (a) to recognize and ensure the protection of the rights of breeders of new plant varieties by the grant of breeders' certificates;
- (b) to promote research activities in the Andean area;
- (c) to promote technology transfer activities within and outside the subregion.

Article 2

The scope of this Decision shall encompass all botanical genera and species insofar as the growing, possession or use thereof are not prohibited for reasons of human, animal or plant health.

CHAPTER II

DEFINITIONS

Article 3

For the purposes of this Decision, the following definitions are adopted:

Competent national authority: Body appointed by each Member Country to apply the provisions on plant variety protection.

Live sample: A sample of the variety supplied by the applicant for a breeder's certificate, which sample shall be used for the testing of novelty, distinctness, uniformity and stability.

Variety: Set of cultivated botanical individuals that are distinguished by specific morphological, physiological, cytological and

chemical characteristics and can be perpetuated by reproduction, multiplication or propagation.

Essentially derived variety: A variety shall be deemed to be essentially derived from an initial variety when it originated therefrom or from a variety itself essentially derived from the initial variety and retains the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the original variety, and which although distinguishable from the initial variety, nevertheless conforms to it in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety, except with respect to differences resulting from the derivation process.

Material: Reproductive or vegetative multiplication material in any form; harvested material, including whole plants and parts of plants; any product made directly from harvested material.

CHAPTER III

RECOGNITION OF BREEDERS' RIGHTS

Article 4

The Member Countries shall grant breeders' certificates to persons who have created plant varieties, insofar as the varieties are new, uniform, distinct and stable, and if they have been given a denomination that constitutes their generic designation.

For the purposes of this Decision, "created" shall be understood to denote the production of a new variety by the application of scientific skills to the genetic improvement of plants.

Article 5

Without prejudice to the provisions of Article 37, the Government of each Member Country shall appoint its competent national authority and shall establish the functions thereof, and shall also establish the national procedure for the implementation of this Decision.

Article 6

There shall be established in each Member Country a National Register of Protected Plant Varieties, in which all varieties conforming to the conditions laid down in this Decision shall be registered. The Board shall be responsible for keeping a subregional register of protected plant varieties.

Article 7

To be entered in the Register referred to in the foregoing Article, varieties shall fulfill the conditions of novelty, distinctness, uniformity and stability and in addition shall have an appropriate generic denomination.

Article 8

A variety shall be deemed to be new if reproductive or multiplication material or harvested material thereof has not been lawfully sold or disposed of to others in another manner by or with the consent of the breeder or his successor in title for purposes of commercial exploitation of the variety.

Novelty shall be lost where:

(a) exploitation has begun more than one year prior to the filing date of the application for the grant of a breeder's certificate or the date of any priority claimed, if sale or disposal to others has taken place within the territory of any Member Country;

(b) exploitation has begun more than four years or, in the case of trees and grapevines, more than six years prior to the filing date of the application for the grant of a breeder's certificate or the date of any priority claimed, if the sale or disposal to others has taken place in a territory other than that of any Member Country.

Article 9

Novelty shall not be lost through sale or disposal of the variety to others, *inter alia*, when those acts:

(a) are the result of an abuse to the detriment of the breeder or his successor in title;

(b) form part of an agreement to transfer the rights in the variety, provided that the variety has not been physically disposed of to a third party;

(c) form part of an agreement under which a third party has, on behalf of the breeder, increased supplies of reproductive or multiplication material;

(d) form part of an agreement under which a third party has carried out field or laboratory tests or small-scale processing tests with a view to the evaluation of the variety;

(e) involve harvested material that has been obtained as a by-product or surplus product of the variety or from the activities mentioned in this Article under (c) and (d);

(f) are performed in any unlawful manner.

Article 10

A variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge on the filing date of the application or the date of any priority claimed.

The filing in any country of an application for the grant of a breeder's certificate or for the entry of the variety in an official register of cultivars shall make the said variety a matter of common knowledge as from that date, insofar as the act concerned leads to the grant of the certificate or the entry of the variety, as the case may be.

Article 11

A variety shall be deemed to be uniform if it is sufficiently uniform in its essential characteristics, due account being taken of the variations that may be expected from the manner of its reproduction, multiplication or propagation.

Article 12

A variety shall be deemed to be stable if its essential characteristics remain unchanged from generation to generation and at the end of each particular cycle of reproduction, multiplication or propagation.

Article 13

Each Member Country shall ensure that no rights in the designation registered as the denomination of the variety hamper the free use thereof, even after the breeder's certificate has expired.

The designation adopted may not be registered as a mark and shall be sufficiently distinctive in relation to other denominations registered previously.

Where one variety is the subject of applications for the grant of breeders' certificates in two or more Member Countries, the same denomination shall be used in all cases.

Article 14

The owners of breeders' certificates may be natural persons or legal entities. The certificate shall belong to the breeder of the variety or the party to whom it has been lawfully transferred.

The breeder may claim his rights before the competent national authority if the certificate has been granted to a person not entitled thereto.

Article 15

The State employer, whatever its form and nature, may transfer part of the profits from plant breeding to its breeder employees in order to stimulate research activity.

CHAPTER IV

REGISTRATION

Article 16

The application for the grant of a breeder's certificate for a new variety shall comply with the conditions set forth in Article 7 and shall be accompanied by a detailed description of the relevant breeding process. In addition, should the competent national authority consider this necessary, the application shall likewise be accompanied by a live sample of the variety or the document evidencing the deposit thereof with the competent national authority of another Member Country.

The Member Countries shall regulate the manner in which samples are to be deposited, including, among other matters, the necessity and desirability of effecting such a deposit, the duration thereof and the replacement or supply of samples.

Article 17

The breeder shall enjoy provisional protection during the period between the filing of the application and the grant of the certificate.

No action for damages may be brought until the breeder's certificate has been granted, but such an action may cover damages caused by the defendant as from the publication of the application.

Article 18

The owner of an application for the grant of a breeder's certificate filed in a country that accords reciprocal treatment to the Member Country in which registration of the variety is being sought shall enjoy a right of priority for a period of 12 months for the purpose of seeking protection for the same variety in any of the other Member Countries. This period shall be calculated from the filing date of the first application.

In order to benefit from the right of priority, the breeder shall, in the subsequent application, claim the priority of the first application. The competent national authority of the Member Country in which the subsequent application has been filed may require the applicant to supply, within a period of not less than three months from the date of the said filing, a copy of the documents which constitute the first application, which copy shall be certified true by the authority with which that application was filed, and samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.

Article 19

The competent national authority of each Member Country shall issue a technical report on novelty, distinctness, uniformity and stability.

Article 20

On the issue of a favorable technical report and after compliance with the prescribed procedure, the competent national authority shall grant the breeder's certificate.

The grant of the certificate shall be notified to the Board of the Cartagena Agreement, which in turn shall bring it to the notice of the other Member Countries for the purposes of the recognition thereof.

Article 21

The term of the breeder's certificate shall be from 20 to 25 years in the case of vines, forest trees and fruit trees, including their rootstocks, and from 15 to 20 years for other species, calculated in both cases from the date of grant, as determined by the competent national authority.

CHAPTER V

OBLIGATIONS AND RIGHTS OF THE BREEDER

Article 22

The owner of a variety entered in the Register of Protected Plant Varieties shall be under the obligation to maintain it and reconstitute it as necessary throughout the term of the breeder's certificate.

Article 23

A breeder's certificate shall give the owner thereof the right to bring administrative or judicial actions under his national legislation with a view to preventing or restraining any acts that constitute infringement or violation of his right, and securing the appropriate forms of compensation or indemnification.

Article 24

The grant of a breeder's certificate shall confer on the owner thereof the right to prevent third parties from engaging without his consent in the following acts in respect of reproductive, propagating or multiplication material of the protected variety:

- (a) production, reproduction, multiplication or propagation;
- (b) preparation for the purposes of reproduction, multiplication or propagation;
- (c) offering for sale;
- (d) sale or any other act that entails placing reproductive, propagating or multiplication material on the market for commercial purposes;
- (e) exportation;
- (f) importation;
- (g) possession for any of the purposes mentioned in the foregoing subparagraphs;
- (h) commercial use of ornamental plants or parts of plants as multiplication material for the production of ornamental and fruit plants, or parts thereof or cut flowers;
- (i) the performance of the acts mentioned in the foregoing subparagraphs in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of reproductive or multiplication material of the protected variety, unless the owner has had reasonable opportunity to exercise his exclusive right in relation to the said reproductive or multiplication material.

The breeder's certificate shall likewise entitle the owner thereof to exercise the rights specified in the foregoing subparagraphs in respect of varieties that are not clearly distinguishable from the protected variety, within the meaning of Article 10 of this Decision, and in respect of varieties whose production calls for repeated use of the protected variety.

The competent national authority may confer on the owner the right to prevent third parties from engaging, without his consent, in the acts specified in the foregoing subparagraphs in respect of varieties essentially derived from the protected variety, except where the latter variety is itself an essentially derived variety.

Article 25

The breeder's certificate shall not confer on the owner thereof the right to prevent third parties from using the protected variety where such use is made:

- (a) in a private circle, for non-commercial purposes;
- (b) for experimental purposes;
- (c) for the breeding and exploitation of a new variety, except in the case of a variety essentially derived from a protected variety. The said new variety may be registered in the name of the breeder thereof.

Article 26

Anyone who stores and sows for his own use, or sells as a raw material or food, the product of his cultivation of the protected variety shall not be thereby infringing the breeder's right. This Article shall not apply to the commercial use of multiplication, reproductive or propagating material, including whole plants and parts of plants of fruit, ornamental and forest species.

Article 27

Breeders' rights may not be invoked against the acts mentioned in Article 24 of this Decision where the material of the protected variety has been sold or otherwise marketed by the owner of the said right, or with his consent, except where those acts involve:

(a) further reproduction, multiplication or propagation of the protected variety, subject to the limitation specified in Article 30 of this Decision;

(b) exportation of the material of the protected variety, such as would permit reproduction thereof, to a country that does not grant protection to the varieties of the plant species to which the exported variety belongs, except where the said material is for human, animal or industrial consumption purposes.

Article 28

Where necessary, the Member Countries may adopt measures for the regulation or control, on their territory, of the production or marketing, importation or exportation of reproductive or multiplication material of a variety, provided that such measures do not imply disregard for the breeders' rights recognized by this Decision, or hamper the exercise thereof.

CHAPTER VI

LICENSING

Article 29

The owner of a breeder's certificate may grant licenses for the exploitation of the variety.

Article 30

With a view to ensuring adequate exploitation of the protected variety, in exceptional circumstances affecting national security or the public interest, national governments may declare the said variety freely available subject to equitable compensation of the breeder.

The competent national authority shall decide on the amount of compensation, after having heard the parties and taken expert advice, on the basis of the scale of exploitation of the variety so licensed.

Article 31

During the period of validity of the declaration of free availability, the competent national authority shall allow exploitation of the variety by interested persons who offer sufficient technical guarantees and apply to it to that end.

Article 32

The declaration of free availability shall remain in force for as long as the circumstances that brought it about continue to obtain and up to a maximum of two years, which period may be renewed once for the same amount of time, provided that the circumstances under which the declaration was made have not disappeared with the lapse of the first such period.

CHAPTER VII

NULLITY AND CANCELLATION

Article 33

The competent national authority shall, either *ex officio* or at the request of a party, declare the breeder's certificate null and void when it is established that:

- (a) the variety did not fulfill the requirements of novelty and distinctness when the certificate was granted;
- (b) the variety did not fulfill the conditions laid down in Articles 11 and 12 of this Decision when the certificate was granted;
- (c) the certificate has been granted to a person who has no right to it.

Article 34

In order to keep the breeder's certificate in force, the appropriate fees shall be paid in accordance with the provisions laid down in the domestic legislation of the Member Countries.

The owner shall be allowed a period of grace of six months following the expiration of the prescribed period within which to effect payment of the fee due, together with the appropriate surcharge. The breeder's certificate shall remain fully valid throughout the period of grace.

Article 35

The competent national authority shall declare the certificate canceled in the following cases:

- (a) where it is established that the protected variety has ceased to meet the conditions of uniformity and stability;
- (b) where the breeder does not provide the information, documents or material necessary for testing the maintenance or reconstitution of the variety;
- (c) where the breeder does not, after the denomination of the variety has been rejected, propose another suitable denomination within the prescribed period;
- (d) where payment of the fee has not taken place by the expiration of the period of grace.

Article 36

Any nullity, lapse, cancellation, cessation or loss of breeders' rights shall be notified to the Board, by the competent national authority, within 24 hours of the making of the corresponding pronouncement, which shall in addition be duly published in the Member Country, whereupon the variety shall become public property.

CHAPTER VIII

COMPLEMENTARY PROVISIONS

Article 37

The Subregional Committee for the Protection of Plant Varieties, composed of two representatives of each of the Member Countries, is hereby created. The Board shall provide the Technical Secretariat of the Committee.

Article 38

The Committee referred to in the foregoing Article shall have the following functions:

- (a) to consider the compilation of an up-to-date inventory of the present biodiversity of the Andean subregion and, in particular, of the plant varieties susceptible of registration;
- (b) to draw up guidelines for the standardization of procedures, examinations, laboratory tests and the deposit or growing of such samples as may be necessary for the registration of the variety;
- (c) to devise technical criteria for distinctness in relation to the state of the art, with a view to determining the minimum number of characteristics that have to vary for one variety to be considered different from another;

(d) to analyze matters relating to the scope of protection of essentially derived varieties, and to propose common provisions thereon.

Article 39

The recommendations of the Committee shall be submitted through the Board for consideration by the Commission.

TRANSITIONAL PROVISIONS

ONE.- A variety that is not new on the date on which a Member Country's Register is opened for the filing of applications may be registered, notwithstanding the provisions of Article 4 of this Decision, if the following conditions are met:

(a) the application is filed within the year following the opening date of the Register for the genus or species to which the variety belongs;

(b) the variety has been entered in a register of cultivars in any of the Member Countries, or in a register of protected varieties in any country having special legislation on the protection of plant varieties which grants reciprocal treatment to the Member Country in which the application is filed.

The term of the breeder's certificate granted under this provision shall be proportional to the period already elapsed since the date of entry or registration in the country referred to in subparagraph (b) above. Where the variety has been entered in two or more countries, the relevant entry or registration shall be the one with the earliest date.

TWO.- The competent national authority in each Member Country shall implement this Decision within 90 days following the date of the publication thereof in the Official Gazette of the Cartagena Agreement.

THREE.- The Member Countries shall, before December 31, 1994, approve common provisions governing access to biogenetic resources and guaranteeing the biosecurity of the subregion, pursuant to the provisions of the Convention on Biodiversity adopted in Rio de Janeiro on June 5, 1992.

[Annex III follows]

ANLAGE III
(auf Englisch)

Draft Supreme Decree No. [...]
Regulations for the Protection of the Rights of Breeders of Varieties of Plants
[Consolidated Text]

THE PRESIDENT OF THE REPUBLIC

Pursuant to the powers granted to him under the Constitution and the Law,

WHEREAS:

The Trade Promotion Agreement between Peru and the United States of America was approved by means of Legislative Resolution No. 28766, published in the Official Gazette El Peruano on June 29, 2006;

Chapter 16 of the above-mentioned Agreement contains provisions relating to the need to respect and safeguard intellectual property rights, which are to be incorporated into the relevant Peruvian legislation;

One of the obligations set out in the said Agreement is Peru's undertaking to accede to the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants (UPOV Convention, 1991);

In accordance with the provisions of the UPOV Convention, 1991, before depositing the respective instrument of accession, every State must seek the opinion of the UPOV Council on the conformity of its legislation with the provisions of the UPOV Convention, 1991;

To comply with the provisions of the UPOV Convention, 1991, and the trade commitments flowing from the Agreement, it is necessary to amend Articles 4, 5, 10, 12, 15, 16, 20, 21, the fourth paragraph of Article 30, as well as the title of Chapter IV, and to incorporate Articles 1A, 5A, 12A, 12B and 24A into a second paragraph of Article 8 of Supreme Decree No. 008-96-ITINCI, published in the Official Gazette El Peruano on May 3, 1996, which establishes the Regulations for the Protection of the Rights of Breeders of New Varieties of Plants.

DECREES AS FOLLOWS:

Article 1.— To adopt the Supreme Decree amending the “REGULATIONS FOR THE PROTECTION OF THE RIGHTS OF BREEDERS OF NEW VARIETIES OF PLANTS” that regulate at the national level the Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement, Common Provisions for the Protection of the Rights of Breeders of New Varieties of Plants”, which shall henceforth be known as the REGULATIONS FOR THE PROTECTION OF THE RIGHTS OF BREEDERS OF NEW VARIETIES OF PLANTS.

Article 2.— This Supreme Decree shall enter into force on the day following its publication in the Official Gazette El Peruano.

Supreme Decree amending Supreme Decree 008-96-ITINCI, Regulations for the Protection of the Rights of Breeders of New Varieties of Plants, which regulate at the national level the Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement, Common Provisions for the Protection of the Rights of Breeders of New Varieties of Plants.

REGULATIONS FOR THE PROTECTION OF THE RIGHTS OF BREEDERS OF NEW VARIETIES OF PLANTS

Chapter I

SCOPE

Article 1.— These Regulations shall encompass all botanical genera and species insofar as the growing, possession or use thereof are not prohibited for reasons of human, animal or plant health.

Article 1A. Definitions

For the purposes of this Decree:

1A.1 “Breeder” means

- (a) the person who bred, or discovered and developed, a variety,
- (b) the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter’s work,
- (c) the successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be.

1A.2 It should be specified that discovery is not a mere find. Rather, it refers to the selection process within the natural variation in a population of plants and the development is the process of reproduction or propagation and evaluation.

1A.3 “Variety” means a plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder’s right are fully met, may be:

- (a) defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes,
- (b) distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics, and
- (c) considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged.

1A.4 For the purposes of the provisions of Article 27 of Decision 345, "material" means, in relation to a variety,

- (a) Propagating material of any kind,

- (b) Harvested material, including entire plants and parts of plants, and
- (c) Any product made directly from the harvested material.

Chapter II

COMPETENT AUTHORITY

Article 2.— The Competent National Authority in charge of the administrative functions contained in Decision 345 that establishes Common Provisions on the Protection of the Rights of Breeders of New Varieties of Plants and these Regulations, is the Office of Inventions and New Technologies (OINT) of the National Institute for the Defense of Competition and Intellectual Property (INDECOPI), and the body in charge of the technical functions therein is the National Program of Genetic Resources and Biotechnology (PRONARGEB) of the National Institute for Agricultural Research (INIA).

Article 3.— The functions of OINT shall be:

- (a) to receive and process applications for breeder's certificates;
- (b) to examine novelty on applications for breeder's certificates filed with OINT;
- (c) to set and collect, in coordination with PRONARGEB, fees for services related to the protection of varieties, pursuant to the Sole Text of Administrative Proceedings of INDECOPI;
- (d) to open and maintain a National Register of Protected Plant Varieties;
- (e) to publish monthly in the Gazette of Intellectual Property all of the legal acts related to the protected plant varieties that are being registered;
- (f) inform the Board of the Cartagena Agreement of the granting of the breeder's certificates in a period no greater than five (5) working days, starting on the day the resolution granting the breeder's certificate is authorized;
- (g) inform the Board of the Cartagena Agreement of the termination of the breeders' certificates in a period no greater than 24 hours, starting from the issuance of the corresponding announcement;
- (h) grant breeder's certificates;
- (i) carry out the registrations, cancellations and annulments of the breeder's certificates, entering them in the National Register of Protected Plant Varieties;
- (j) register the licence contracts granted, upon request of the holder of the breeder's certificate or of the licensee;
- (k) prepare and execute the agreements that may be established for protection of new varieties of plants with international organizations or of other countries;

(l) maintain, in coordination with INIA, relations with the international bodies or of countries with which Peru has established agreements for protection of new plant varieties, carrying out the mutually agreed activities, except in cases in which the Peruvian general legislation establishes other channels;

(m) meet the requirements set by legal authorities in relation to disputes that may originate in relation to protection of new plant varieties;

(n) exercise other administrative powers granted under Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement.

Article 4.- The functions of the Sub-Directorate of Genetic Resources and Biotechnology shall be to:

(a) establish the criteria and procedures to carry out the tests of distinctiveness, uniformity and stability of a variety, in coordination with the Directorate of Inventions and New Technologies.

(b) validate the tests carried out by the breeder, of the distinctiveness, uniformity and stability of a variety; issue technical concepts and establish, in coordination with the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI, cooperation agreements with other national or foreign institutions for the purposes indicated in this item.

(c) validate, for the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI, the deposit of live material in the field of the breeder, with a scientific institution, be it national or of another country member of the Andean Community, or one that gives reciprocal treatment and that has internationally recognized legislation on the protection of the rights of breeders of new varieties of plants.

(d) establish approval mechanisms for the tests carried out abroad, to prove the requirements of distinctiveness, uniformity and stability.

(e) maintain the Documentary Fund of the National Registry of Protected Plant Varieties.

(f) issue a registration report.

(g) publish the Annual Journal of the National Registry of Protected Plant Varieties with information on applications for breeder's rights and the grant thereof, and the denominations proposed and approved.

(h) Other technical powers granted under Decision 345.

Chapter III

RECOGNITION OF BREEDER'S RIGHTS AND REGISTRY OF PROTECTED PLANT VARIETIES

Article 5- Breeder's certificates shall be granted to natural or legal persons who have created a plant variety, insofar as it complies with the conditions set out in Article 7, Decision 345, of

the Commission of the Andean Community and the variety is designated by a denomination that is consistent with the provisions of Article 5A of this Decree.

Article 5A

5A.1 *Designation of varieties by denomination; use of the denomination.* The variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation. Subject to paragraph 4, no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.

5A.2 *Characteristics of the denomination.* The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

5A.3 *Registration of the denomination.* The denomination of the variety shall be submitted by the breeder to the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI. If it is found that the denomination does not satisfy the requirements of paragraph 2 of this Article, the Directorate shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within a prescribed period.

5A.4 *Prior rights of third persons.* Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with the provisions of paragraph 7, is obliged to use it, the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

5A.5 *Same denomination in all members of UPOV.* A variety that forms the subject matter of an application for the granting of a breeder's right must be submitted to all members of UPOV under the same denomination. The Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable. In the latter case, it shall require the breeder to submit another denomination.

5A.6 *Information concerning variety denominations.* The Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any authority may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI.

5A.7 *Obligation to use the denomination.* Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the territory of Peru is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of paragraph 4, prior rights prevent such use.

5A.8 *Indications used in association with denominations.* When a variety is offered for sale or marketed, it is permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with

a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

Article 6.— Natural or legal persons residing abroad must designate an authorized representative who resides in Peru.

Article 7.— If the application for a breeder's certificate refers to a variety that has been stolen from the breeder or his assignees, or if in accordance with contractual or legal obligations the holder of the breeder's certificate must be a person other than the applicant, anyone who has a legitimate interest may claim the capacity of true holder before OINT at any time and up to three years after the certificate has been granted.

Article 8.— In case of a priority claim, the following must be filed before OINT, within three months starting from the date of filing of the application:

— a certified copy of the documents of the first application duly approved by the authority with which it has been filed;

— samples or any other proof that the variety that is the subject matter of the two applications is the same.

Notwithstanding Article 16 of this Decree, the breeder shall have a period of up to two years after the expiration of the period of priority stipulated in Article 18 of Decision 345, or, when the first application has been rejected or withdrawn, an appropriate time from the date of the rejection or withdrawal, to provide the Directorate of Inventions and New Technologies of INDECOPI with any information, documents or materials required for purposes of examination.

Article 9.— In cases considered relevant, OINT, in coordination with PRONARGEB, shall entrust the issuance of a technical concept to other national or foreign institutions.

If the concept is favorable and the application complies with the other requirements, OINT shall grant the breeder's certificate and shall register it with the corresponding denomination.

Article 10.- The National Register of Protected Plant Varieties shall contain a description of the protected variety, the number of the breeder's certificate, denomination of the variety, titleholder of the protection rights identification when it is different from the breeder and any legal act that affects the breeders' rights and has been made known to the Directorate of Inventions and New Technologies.

Article 11.— The term of protection shall be 25 years for the case of vines, forest trees and fruit trees, including their rootstocks, and 20 years for other species, starting from the date of the grant.

Chapter IV

BREEDER'S RIGHTS, EXCEPTIONS AND OBLIGATIONS

Article 12.- The breeder or anyone to whom he has transferred and/or assigned his rights to a protected variety, may prevent third parties from engaging without his authorization in acts

covered by Article 24 of Decision 345, during the lifetime of the breeder's certificate. The breeder may make his authorization subject to conditions and limitations.

Article 12A.- The breeder's certificate shall also enable the holder to exercise the rights stipulated in Article 24 of Decision 345 in respect of varieties essentially derived from the protected variety, except where the protected variety is itself an essentially derived variety.

Essentially derived varieties may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

Article 12B.- "Anyone who stores and sows for his own use", as per Article 26 of Decision 345, shall mean anyone who stores and sows on his own holdings, within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the breeder, the product of the harvest which he has obtained by planting, on his own holdings, the protected variety or a variety covered by Article 24 of Decision 345.

Article 13.— The holder of a variety registered in the Register of Protected Plant Varieties shall have the obligation of maintaining and replacing the live sample of the variety during the lifetime of the breeders' certificate, upon request of OINT.

Article 14.— Annuities shall be paid annually in advance starting on the first anniversary of the granting of the breeder's certificate. The expiration date of each annuity shall be the last day of the month of the anniversary of the date of granting of the breeder's certificate.

Chapter V

FILING OF THE APPLICATION AND ITS ADMISSION OR REFUSAL

Article 15.- Applications for the granting of a breeder's certificate shall be filed with the Directorate of Inventions and New Technologies and contain or attach, as the case may be:

- (a) name, address and nationality of the applicant;
- (b) common and scientific name of the species;
- (c) indication of the generic denomination proposed;
- (d) Name of the person who has created or discovered and developed a variety if it is different from the person indicated in Article 15(a);
- (e) The most important morphological, physiological, sanitary, phenological, physical and chemical aspects, and industrial or technological characteristics, which allow the variety to be described;
- (f) The method and procedure for obtaining the new variety, as well as all information on any knowledge relating to the variety which can facilitate the examination for compliance with the conditions of Article 7 of Decision 345 and ensure that the variety is designated by a denomination that is consistent with Article 5A of this Decree;

(g) If the application involves a variety for which an application was previously filed abroad, the applicant should provide the information of which he is aware relating to:

- countries where protection has been requested;
- type of protection requested;
- corresponding application numbers;
- date of filing;
- stage of application;
- denomination or reference of the breeder or inventor, if a patent application for an invention is involved;
- date of registration;

(h) The cancellation decision in the register of trademarks, in the event that the generic denomination proposed by the applicant has been registered in his name as a trademark of a product or of a service for identical or similar products in accordance with the legislation on trademarks, in a Member Country of the Cartagena Agreement;

(i) Proof of payment of the filing fee fixed;

(j) The Directorate of Inventions and New Technologies may request any additional information, documents or materials needed with a view to examination for compliance with the conditions of Article 7 of Decision 345 and ensure that the variety is designated by a denomination that is consistent with Article 5A of this Decree;

(k) As the case may be, documents concerning powers of attorney, assignment or any other additional document, in accordance with Article 5.2 of the 1991 UPOV Convention.

The application and the attached documents shall be in Spanish.

Article 16.- Once it receives the application, the Directorate of Inventions and New Technologies shall verify compliance with the formal requirements set out in the foregoing article, within a period of 30 working days.

Should the formal examination reveal that the application does not meet the requirements set out in (a), (b), (c), (e) and (i) of the foregoing article, it shall be deemed not to have been filed for processing and shall not be assigned a date of filing.

In the event that the application does not include the documents mentioned under (f), (g), (h) and (j) of Article 15, the applicant shall be requested to complete the application within a period of 30 working days, from the date of receipt of notification, which may be extended at the applicant's request. Subject to a warning being issued, where no response is made, the application shall be deemed to have been withdrawn.

Article 17.— Once the test of formal requirements of the application has been completed, the Office of Inventions and New Technologies shall issue an order for publication of an extract of the description of the plant variety that forms the subject matter of the application, to be published by the applicant in the Official Gazette El Peruano. Within three (3) months of receipt of the publication request, the applicant shall deliver a copy of the same to the Office of Inventions and New Technologies.

Article 18.— Within a period of 30 working days following the date of publication, anyone who has a legitimate interest may file, on one occasion only, essential observations calling into question compliance with the conditions stipulated in Article 7 of Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement.

Article 19.— If during the period foreseen in the previous article, observations had been filed, OINT shall notify the applicant so that, within 30 working days starting from the date of notification – a deadline that can be extended only once and for the same period – he may present his arguments or actual documents, as he sees fit.

Article 20.— After the expiration of the periods established in the foregoing articles for the submission of observations or for answering, as the case may be, the tests for novelty, distinctness, uniformity and stability shall be carried out.

Article 21.— PRONARGEB, in coordination with OINT, shall determine the cases in which it will be sufficient to validate the tests carried out by the breeder or approve the tests carried out abroad in order to determine that the requirements of distinctness, uniformity and stability have been fulfilled.

Article 22.— OINT shall issue an opinion in respect of the conditions set out in Article 7 of Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement within a period of three (3) years for the annual species and of five (5) years, exceptionally extendable to ten (10), for biannual and perennial species, starting from the date of filing of the application for protection.

Article 23.— The conditions stipulated in Article 7 of Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement may be evaluated, upon a request of the breeder and subject to the approval of the Office of Inventions and New Technologies, in coordination with PRONARGEB, in the place or places where the breeder has carried out the development of his new variety.

Article 24.— Except in cases where this Decree stipulates a different period, the application shall be deemed to be withdrawn if the corresponding file remains blocked, owing to a lack of response by the person concerned, for three (3) months. There shall be no grounds for withdrawal while the file is in the resolution phase.

Article 24 A.- By virtue of Article 33(b) of Decision 345, a breeder's right shall be deemed to be null and void if the granting of such right was based essentially on information and documents provided by the breeder and the conditions for uniformity and stability were not complied with when the breeder's right was granted.

Chapter VI

INFRINGEMENTS

Article 25.— Notwithstanding any admissible civil or criminal proceedings, the holder of the breeder's certificate may file an action for violation against anyone who infringes his rights. The licensee of a breeder's certificate may file an action for infringement against anyone who infringes the rights of the holder of the breeder's certificate, as long as this possibility is provided for in the licensing contract and the holder has been notified accordingly. Actions

for infringement shall also proceed when there is an imminent danger that the holder's rights might be infringed.

Article 26.— The proceedings must be made in writing to the Office of Inventions and New Technologies. The document shall contain:

- (a) an indication of the protected plant variety that is the subject matter of the infringement, or upon which a threat of infringement weighs;
- (b) a description of the facts that have caused the infringement;
- (c) the name and address or any other information that can be used to identify the infringer, or the place or means whereby the infringement is presumed to have taken place; and
- (d) any other information that would allow the authorities to put an end to the infringement.

Article 27.— The holder whose rights have been infringed may request:

- (a) cessation of the infringing acts;
- (b) seizure of the reproduction or propagation material of the protected variety, or the product of the harvest;
- (c) temporary closure of the infringer's business;
- (d) adoption of the necessary measures so that customs officials prevent the infringing products from entering the country;
- (e) publication of the sentence at the infringer's cost;
- (f) in general, any necessary measures to prevent the infringement from taking place or continuing.

OINT shall maintain a register of infringers.

Article 28.— Once the infringement action or denunciation has been filed by the holder, the Office of Inventions and New Technologies shall inform the presumed infringer, so that he may put forward the arguments and evidence he deems appropriate within a non-renewable period of fifteen days.

Article 29.— Once the period referred to in the foregoing article has expired, OINT shall proceed to issue the corresponding resolution.

Once the resolution has been approved or confirmed in the second instance, OINT may ask the law-enforcement agencies for assistance in respect of the execution of the planned measures.

Article 30.— By filing an infringement action or a denunciation for infringement, the plaintiff may request, on his own behalf and at his own risk, that an inspection visit be made on the

premises where it is known or presumed that infringement is taking place, in order that precautionary measures be taken to prevent or stop the infringement.

Representatives of OINT and of PRONARGEB shall appear at the designated premises and shall notify the presumed infringer of the infringement action filed, then proceed to verify the facts denounced and hear the arguments of the person in charge of the premises, or in his absence, of whoever is there.

Every individual shall have the obligation to provide the necessary facilities so that OINT and PRONARGEB may fulfill the inspection role described in this article. Whoever is on the premises shall indicate the name or denomination of the business that operates there.

If, during the course of the inspection, the infringement or the threat thereof is convincingly established, the required measures shall be taken immediately, if necessary with the help of law-enforcement agencies, to prevent or stop the infringement, such as the impoundment and immobilization of the reproduction or propagation or multiplication material for the variety or the product of the harvest of the variety allegedly infringed; or the temporary closure of the premises.

If the infringement or threat thereof is not proven during the inspection, OINT may ask PRONARGEB for a technical opinion on the matter. A record shall be drawn up of everything carried out during the inspection visit, including goods impounded, a copy of which shall be delivered to the plaintiff or denouncer and the presumed infringer.

Article 31.— In the event that precautionary measures have been adopted, the decision issued by the Directorate of Inventions and New Technologies, in accordance with Article 28, shall also decide on the continuation, modification or cessation of the precautionary measures taken.

Article 32.— The plaintiff or denouncer shall be liable for damage caused to the presumed infringer, in case of malicious or negligent acts or denunciations. Public officials are accountable under the law.

Article 33.— A holder whose rights have been infringed may only request compensation for damage via civil proceedings, once administrative remedies have been exhausted.

COMPLEMENTARY PROVISIONS

First.— It is understood that Articles 9 and 14 of the General Law on Seeds (Decree-Law No. 23056) have been amended by Decision 345 of the Commission of the Cartagena Agreement and by the Law on the Organization and Functions of INDECOPI (Decree-Law No. 25868).

Second.— For the purposes of these Regulations, the first administrative authority shall be deemed to be OINT and the second and final administrative authority shall be deemed to be the Tribunal for the Protection of Competition and Intellectual Property, pursuant to Decree-Law 25868 and amendments thereto.

Third.— Peru shall be represented before the Sub-regional Committee for the Protection of Plant Varieties of the Andean Group and before any other official international entity involved in this area, as a titular member, by a representative of OINT of INDECOPI and, as

an alternate, by a representative of PRONARGEB of INIA. Both entities shall coordinate their participation depending on their roles.

Fourth. — Any reference, within the framework of Supreme Decree 008-96-ITINIC and the present Supreme Decree, to OINT or PRONARGEB, should be understood as a reference to the Directorate of Inventions and New Technologies and to the Sub-Directorate of Genetic Resources and Biotechnology, respectively.

[Ende der Anlage III und des Dokuments]